

Bausteine Partizipativer Haushaltspolitik – Budgetanalyse (Teil1)

Transparenz von Haushaltsentscheidungen – ein legitimes Interesse der BürgerInnen¹

Am Anfang eines jeden Beteiligungsprozesses steht die Frage nach Informationen. Der Mangel an Informationen kann mit einer der entscheidenden Auslöser für das Bedürfnis, sich in die Politik einzumischen sein. Fragen nach dem WARUM politischer Entscheidungen, nach den Ursachen für die Ablehnung oder die Realisierung von Vorhaben in der Kommune, nach den NutznießerInnen dieser Entscheidungen, nach den Finanzierungskonditionen und –quellen oder nach lang- und kurzfristigen Konsequenzen für die finanzielle Situation der Kommune erhalten vor allem vor dem Hintergrund der desolaten Haushaltslage in vielen Kommunen eine besondere Brisanz. BürgerInnen finanzieren über ihre Steuern und Abgaben die Kommunen und sie sind gleichzeitig auf die Leistungen der Kommunen angewiesen – ihr Interesse an Wissen über den Verbleib des Geldes, ihres Geldes, ist schon unter diesem Gesichtspunkt mehr als legitim.

Dabei geht es nicht nur um die Menge des ausgegebenen Geldes an sich – es geht genauso um die Art und Weise, wie es verausgabt wird. Forderungen nach mehr Partizipationsmöglichkeiten in der Haushaltspolitik wird oft entgegengehalten, dass doch unter den Bedingungen der anhaltenden Haushaltskrise gar kein Geld da sei, bei dessen Verteilung BürgerInnen mitentscheiden könnten. Tatsächlich wird jedoch selbst in Kommunen mit dramatischster Haushaltslage immer auch noch Geld ausgegeben. Das WIE dieser Ausgaben betrifft die BürgerInnen in gleicher Weise, wie das WIEVIEL, WO und WARUM.

Wie man sieht, geht es also schon auf der ganz alltäglichen Ebene interessierten BürgerInnen um ein Bündel von Fragen – WARUM wird WIEVIEL an welcher Stelle (WO) WARUM und auf welche Weise (WIE) ausgegeben – und bei WEM landet das Geld dann?

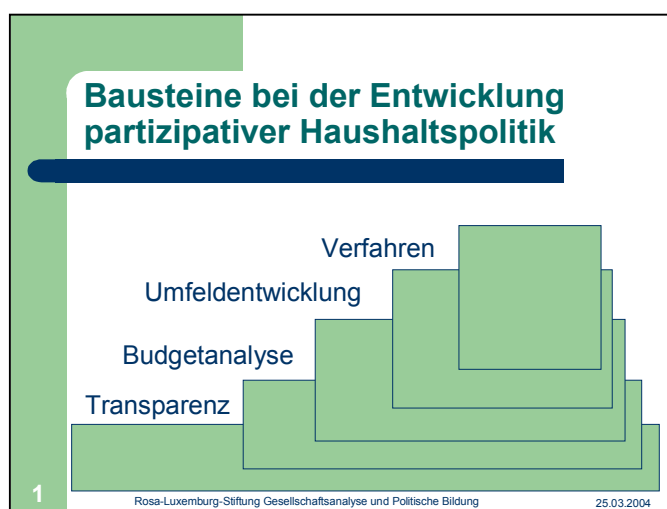
Neben den Ausgaben sind natürlich auch die Einnahmen für die Beurteilung der Haushaltspolitik interessant. Auch hier geht es nicht nur darum zu wissen, WIEVIEL Geld WOHER kommt – unter den gegenwärtigen Bedingungen ist nicht weniger von Bedeutung zu verstehen, warum es nicht mehr ist, welche Ursachen also die Haushaltskrise von der Einnahmenseite her hat; und natürlich auch, wer wiederum davon profitiert.

Wenn man sich fundiert mit Haushaltspolitik auseinandersetzen will, braucht man also eine ganze Reihe von Informationen. Der hier nur kurz skizzierte Kreis von Fragen wird BürgerIn in den

¹ BürgerInnen wird hier als politische Kategorie synonym zum Begriff EinwohnerInnen gebraucht, schließt also ausdrücklich auch diejenigen, die rechtlich nicht als BürgerInnen betrachtet werden, ein

gewöhnlich zur Verfügung stehenden Quellen kaum umfassend beantwortet finden. Viele Informationen sind zwar vom Prinzip her verfügbar, aber nur mit großem Zeitaufwand zu erlangen. Sie zu beurteilen und miteinander in Beziehung zu setzen, erfordert oft fundiertes Spezialwissen auf verschiedenen Gebieten.

So ist also die Transparenz von Haushaltspolitik, von entsprechenden Unterlagen, die Öffentlichkeit von Haushaltsdebatten, die Mitteilung über Einnahmen und Ausgaben wichtige Grundlage für Partizipation in der Haushaltspolitik (wie auch in Politik generell), reicht aber nicht aus. Tatsächliche Transparenz als Voraussetzung von Partizipation setzt eine systematische Zusammenstellung und Aufbereitung der Fakten voraus, wie sie im Rahmen einer Budgetanalyse erfolgt. Diese ist dann wiederum Grundlage für die Gestaltung des weiteren Partizipationsprozesses selbst.



In der internationalen Diskussion existieren auf diesem Gebiet bereits vielfältige Erfahrungen, die nicht unbedingt mit weitergehenden Vorstellungen von Partizipativer Haushaltspolitik verbunden sein müssen. Transparenz von Haushaltspolitik als Transparenz von Verwaltungshandeln spielt eine große Rolle bei der Bekämpfung von Korruption, bei der Verhinderung der Verschwendung von

Mitteln oder bei der Bestimmung der Verantwortlichen für bestimmte Entwicklungen geht.

Auf der gesellschaftspolitischen Ebene spielt sie eine Rolle, wenn Nutznießer haushalts- und steuerpolitischer Entscheidungen benannt werden sollen oder zu prüfen ist, inwieweit politische Schwerpunkte, etwa die Armutsbekämpfung, die ökologische Nachhaltigkeit, die Geschlechtergerechtigkeit oder sonstige Schwerpunktsetzungen sich tatsächlich in den Haushaltsunterlagen widerspiegeln.

Aber bereits an dieser Stelle zeigt sich, dass oft bloße Transparenz, Sichtbarkeit der Diskussionen und Unterlagen nicht ausreicht. Sie müssen aufbereitet werden, um zu fundierten Aussagen zu kommen. So beschränken sich Aufwendungen zur Armutsbekämpfung nicht auf einen einzelnen Haushaltstitel. In einer Vielzahl von Positionen der Haushaltsplanung wird darüber entschieden, ob der Haushalt in seiner Gesamtheit geeignet ist, Armutsbekämpfung und –prävention zu befördern oder nicht, mithin Armen soziale und Menschenrechte zu sichern oder nicht.

Transparenz, die sich nicht auf Schauen begrenzt, sondern Grundlagen für bürgerschaftliches Engagement und politisches Handeln schaffen soll, muss somit eine Budgetanalyse mit einschließen. Es geht also um die Einheit von Information und Analyse. Es muss deutlich gemacht werden, dass

Partizipation Sinn macht, dass wirklich Ergebnisse erreicht werden können, die die eigene Lebenslage nachhaltig verbessern würden.

Budgetanalyse – ein öffentlicher Prozess

Unter Budgetanalyse verstehen wir also hier die Darstellung des (kommunalen) Haushaltes, seiner Einnahmen und Ausgaben in einer Form, die

- a) allen BürgerInnen verständlich ist
- b) die haushalts- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen skizziert
- c) die Entscheidungswege darstellt
- d) Zusammenhänge zwischen verschiedenen Teilen des Haushaltes offen legt
- e) „Eingriffspunkte“ für bürgerschaftliches Engagement verdeutlicht
- f) Kurz- und langfristige Auswirkungen der haushaltspolitischen Entscheidungen auf die Lebenssituation (auch auf die Rechte) der verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft, der Region bzw. Kommune thematisiert
- g) Konsequenzen für Haushaltspolitik in den Folgejahren darstellt
- h) auf langjährige Kontinuität ausgerichtet ist.

Sie schließt also informierende, bildende und aktivierende Momente ein. **Ihr Sinn ist, den Zusammenhang zwischen Haushalt, politischem Handeln sowie Verwaltungshandeln auf der einen Seite und der Entwicklung der Lebenslage der Menschen in einer bestimmten Region auf der anderen Seite zu verdeutlichen und Betroffenen zu zielgerichteter politischer Mitwirkung zu motivieren und zu befähigen.**

Ziel ist also nicht nur das Verstehen von Zusammenhängen, sondern vor allem das Ingangsetzen von

Veränderungsprozessen. Dies stellt sowohl Anforderungen an die Form, wie auch an den Inhalt derartiger Analysen. Es geht nicht um eine wissenschaftliche Durchleuchtung des Haushaltes – dies ist Voraussetzung, aber nicht Gegenstand der Budgetanalyse. Im günstigsten Falle gelingt es, interessierte BürgerInnen, Vereine und WissenschaftlerInnen für ein solches Projekt zusammenzuführen. Somit kann

Transparenz und Budgetanalyse

- Transparenz
 - Information über Eckdaten und rechtlichen Rahmen
 - Verständlichkeit - „Lesbarer Haushalt“
 - Rechtliche Prüfung der Vorhaben
- Analyse
 - Zusammenhänge im Haushalt
 - Folgen
 - Makroebene (Veränderung volkswirtschaftlicher Proportionen)
 - Sozialgruppen- und sozialraumorientierte Betrachtung
 - Langfristige Wirkungen

3 Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung 25.03.2004

Budgetanalyse nur als ein öffentlicher Prozess verstanden werden, da sie immer bestimmte Maßstäbe

an den Haushalt mit einschließt bzw. sogar voraussetzt, die sinnvoll nur in öffentlicher Diskussion zu gewinnen sind.

Natürlich ist der hier skizzierte Anspruch sehr hoch. Eine Budgetanalyse, die etwa auch nur die alle typischen Lebenslagen von Menschen erfasst, ist nur schwer realisierbar und setzt ein breites Netzwerk von Akteuren voraus. Mitunter wäre eine solche vollständige Budgetanalyse auch gar nicht erforderlich oder, wegen bestimmter politischer Konstellationen, auch weitgehend zwecklos.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass auch eine Schwerpunktsetzung auf als besonders brennend erkannte Problemlagen wichtige Effekte haben kann. Insbesondere im Zusammenhang mit dem pro-poor-budgeting, also der Orientierung der Haushaltspolitik auf Belange der Armutsbekämpfung und –prävention oder mit dem Ansatz des gender budgeting, also der durchgängigen Orientierung haushaltspolitischer Entscheidungen auf die Entwicklung der Geschlechtergerechtigkeit konnten o.g. Zielstellungen trotz oder gerade wegen der Konzentration der Analyse und politischen Aktivierung auf ein Politikfeld Erfolge erzielt werden.

Schritte zu einer Budgetanalyse

Welche Schritte müssen also unternommen werden, wenn man eine Budgetanalyse wirksam als politisches Instrument nutzen will?

In einer **ersten Phase** müssen die Voraussetzungen für eine Budgetanalyse geprüft werden, die in der Region/Kommune selbst liegen. Dabei könnte die Beantwortung folgender Fragen wichtige Zugänge eröffnen.

1. Welche gesetzlich garantierten Möglichkeiten haben BürgerInnen bereits, Einfluss auf Haushaltspolitik zu nehmen? Welche Formen bürgerschaftlichen Engagements haben Tradition und bieten sich als Ansatzpunkte an? Welche neuen Verfahren müssen ggf. geschaffen werden?
2. Welche Zugänge zu erforderlichen Informationen gibt es?
3. Wo gewinne ich Kompetenz aus BürgerInnenschaft, Politik, Verwaltung, aus NGO oder aus der Wissenschaft?
4. Welche Vision verbinde ich mit dem Versuch, mich in Haushaltspolitik einzumischen
5. Wie kann ich möglichst alle BürgerInnen mit der Analyse erreichen, welches sind die brennenden Fragen, die die verschiedenen sozialen Gruppen gleichermaßen bewegen könnten?
6. Welche Einnahmen und Ausgaben sind durch die Kommune/Region steuerbar, welche nicht? Gibt es entsprechend verschiedene Zugänge zu einer Analyse?

In einer **zweiten Phase** geht es um die Fixierung der Elemente der Analyse und der daraus entstehenden Unterlagen. Bereits hier geht es darum, die bloße Analyse mit der „lesbaren“

Aufbereitung des Haushaltes zu verbinden. Budgetanalyse ist als Quelle für verschiedene Darstellungsformen eines „lesbaren Haushaltes“ zu betrachten – aus ihr werden die Kernaussagen für eine Broschüre, für die Internetpräsentation, für EinwohnerInnenversammlungen etc. abzuleiten sein. Entsprechend dieser Zielsetzung der Budgetanalyse muss die Darlegung aus **zwei Sichten** erfolgen. Einerseits aus der Sicht des Haushaltes und der Haushaltspolitik, andererseits aus der Sicht der Lebenssituationen in der konkreten Region (Lebenslagenbezug). Beide Aspekte sind dabei gleichwertig – beide entscheiden gleichermaßen über die Erfolgchancen und Wirkungen der Analyse. Eine entsprechende Gliederung ließe sich wie folgt darstellen:

1. Der Haushalt und seine Gestaltungsmöglichkeiten
 - a. Informationen zur haushaltspolitischen Lage
 - i. Einnahmen/Ausgaben generell
 - ii. Verteilung auf verschiedene Quellen/Politikfelder
 - b. Informationen zu den haushaltspolitischen und rechtlichen Möglichkeiten der Kommune (Steuerbarkeit der Einnahmen und Ausgaben)
 - c. Informationen zum Haushaltsverfahren
 - d. Informationen zu den bestehenden rechtlichen Möglichkeiten der BürgerInnenbeteiligung
2. Welches sind die relevanten zu lösenden Problemlagen in der Kommune und welche Indikatoren (Prämissen) für Haushaltspolitik sind daraus abzuleiten
3. Wie reagiert die Haushaltspolitik bisher darauf („politische Verdichtung“)
4. Welche Anforderungen müssen an künftige Haushaltspolitik gestellt werden
 - a. Welche Veränderungen sind nötig, um die festgestellten Prioritäten in Haushaltspolitik und Haushalt umzusetzen?
 - b. Welche haushaltstechnischen Probleme gibt es dabei
 - c. Welche politischen Probleme gibt es dabei
 - d. Welche Konfliktlagen innerhalb der Kommune könnten entstehen
5. Welche Veränderungen oder Erweiterungen von Beteiligungsrechten müssen erreicht werden, um BürgerInnenbeteiligung wirkungsvoller zu machen

Der **erste Abschnitt** stellt vor allem Fragen des Haushaltes, des Haushaltsrechtes und der Haushaltspolitik im engeren Sinne in den Mittelpunkt. Er soll vor allem informieren und orientieren. Wichtige Fragen des Haushaltsrechtes sollten hier in verständlicher Sprache dargelegt werden, ohne dass es notwendig ist, in die Feinheiten einzudringen. Wesentlich ist, dass sichtbar wird, was von wem tatsächlich wann entschieden wird und welche Möglichkeiten zur Einflussnahme überhaupt bestehen. Wesentliche Quellen für das Verständnis der rechtlichen Bedingung sind das

Haushaltsgrundsätzegesetz (gilt für den Bundeshaushalt und die Landeshaushalte) und die Gemeindeordnungen der Länder.

Für die Entwicklung der finanziellen Parameter sind folgende Unterlagen relevant:

Welche Quellen kann man nutzen?

- Orientierungsdaten der Landesregierung zur voraussichtlichen Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben
- Langfristige (fünfjährige) Finanzplanung der Gemeinde einschl. des zu erarbeitenden Investitionsprogramms
- Haushaltssatzung (Haushaltsplan mit Anlagen)
 - Öffentliche Debatte in Gemeinderat und Ausschuss
 - Vor Entscheidung öffentliche Auslegung an 7 Tagen
 - Ist in den Gemeindeordnungen der Länder geregelt und stützt sich auf das für die Länder und den Bund verbindliche Haushaltsgrundsätzegesetz

Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. 14.04.2004

Die Informationen und Vorgaben von der Landesebene bzw. ggf. Interventionen des Kreises sind nicht nur hinsichtlich des Umfangs der letztendlich zur Verfügung stehenden Gelder wichtig, sondern auch für die zeitliche Organisation des Beteiligungsprozesses selbst. Für eine öffentliche Diskussion eines der Kommunalvertretung bereits vorgelegten Haushaltes bleiben sieben Tage Zeit – die Beteiligung muss also viel früher einsetzen, spätestens dann, wenn vom Land die Orientierungsdaten kommen.

Im **zweiten Abschnitt** könnte ausgehend von Analysen der kommunalen bzw. regionalen Entwicklung eine Problembeschreibung folgen, die sich an der Lebenswirklichkeit der EinwohnerInnen orientiert. Dies sollte wieder in zweifacher Hinsicht geschehen. Einerseits geht es um eine Analyse der in der Region anzutreffenden Lebenslagen; es werden Daten zur Entwicklung der sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation zusammengestellt, die auf jeweils spezifische Art und Weise die Lebenssituation der EinwohnerInnen prägen und deren Entwicklung ihr Leben bestimmen. Dazu gehören Angaben, wie etwa die EinwohnerInnenzahl nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund usw., Zahlen verfügbarer Kindergartenplätze, Angaben zu kulturellen Einrichtungen und ihrer Auslastung usw. Auf der anderen Seite sollten die Angaben nicht nur generell auf die Kommune, sondern sozialräumlich orientiert betrachtet werden. In der Praxis wird mit einer derartigen Untergliederung bereits vielfach gearbeitet. Dabei werden die gegebenen Verwaltungsstrukturen nochmals unter dem Gesichtspunkt von innerhalb dieser bestehenden Differenzierungen aufgeteilt, um die Zielgerichtetheit der Vergabe von Mitteln der Stadt- und Regionalentwicklung zu erhöhen. In den Sozialräumen werden so Territorien zusammengefasst, in denen eine gewisse soziale und kulturelle Homogenität zu erwarten ist, die sie von angrenzenden Territorien unterscheidet. Sie besitzen eine

bestimmte eigene innere Struktur, in ihnen spielen sich Prozesse von Nachbarschaftlichkeit ab, existiert eine gewisse soziale Kommunikation. Insofern bestimmt der Sozialraumbezug in erheblichem Maße die Möglichkeiten, überhaupt breite öffentliche Diskussionen zu haushaltspolitischen Themen in Gang setzen zu können. In den Sozialräumen werden sich am ehesten die gemeinsamen Interessen finden, die unbedingte Voraussetzung für Partizipation sind. Diese Gegenüberstellung der in der betrachteten Kommune/Region in ihrer Gesamtheit bestehenden Problemlagen und der in den einzelnen Sozialräumen bestehenden spezifischen Problemlagen liefert den Ausgangspunkt für die Bestimmung der Prioritäten für die Aufstellung des Haushaltes – welche Vorhaben sind an welchen Stellen in der Kommune vordringlich, was braucht die Kommune insgesamt, um als lebenswerter Ort betrachtet zu werden. Zugleich muss in diesem Zusammenhang erfasst werden, welche Mittel neben den kommunalen in den entsprechenden Sozialraum fließen. So werden im Rahmen des Programms Soziale Stadt Mittel in bestimmte städtische Regionen in erheblichem Maße geleitet, ohne dass sie in den Haushalten der Kommune auftauschen und z.T. auch ohne dass sie von der Kommune direkt gesteuert werden könnten.

Quellen für diesen Teil der Analyse sind vor allem die Sozialberichterstattung, Ergebnisse von Initiativen im Zuge der Lokalen Agenda 21 oder der Mitwirkung im Netzwerk Gesunde Städte. Vielfach können auch bestehende BürgerInneninitiative wertvolle Beiträge leisten.

Dies leitet über zum **dritten Abschnitt** – wie reagierten bisher Politik und Verwaltung auf die erkannten Problem- bzw. Interessenlagen. Unter dem Gesichtspunkt der reinen Analyse ist dies der zentrale Abschnitt, der in erheblichem Maße die Richtungen einer BürgerInnenbeteiligung bestimmen muss. In diesem Abschnitt wird praktisch eine Bilanz der Wirksamkeit von Politik, Haushaltspolitik in Beziehung auf die Interessen der BürgerInnen vorgenommen. Dazu können z.B. die Vorberichte zum Haushalt oder die in den Anlagen zum Haushalt oft zu findenden Funktionsübersichten² herangezogen werden, ebenso auch weitere Analysen, Erfahrungsberichte etc. Wie überhaupt Budgetanalyse kontinuierlich betrieben werden sollte, ist gerade die in diesem Abschnitt zur Diskussion stehende Frage nur durch kontinuierliche Beobachtung zu beantworten. **Im Unterschied zu der in Abschnitt 1 erarbeiteten Übersicht werden aber hier die Wirkungen des Gesamtbudgets auf die Entwicklung konkreter Lebenslagen in den konkreten Sozialräumen diskutiert.**

Das Politik und Verwaltung bestehende Probleme nicht kennen, mag vorkommen, ist aber oft nicht zutreffend. Meist verbergen sich hinter ungelösten Aufgaben weitergehende Interessenwidersprüche und Konflikte, manchmal auch rechtliche Sachverhalte.

Die Gegenüberstellung von politischem und Verwaltungshandeln mit den zu konstatierenden Problemlagen wird in vielen Fällen auch das Problem der Beeinflussbarkeit bestimmter Entwicklungen auf der kommunalen Ebene aufwerfen – etwa in Fragen der Beschäftigungspolitik –

² Diese sind für den kommunalen Haushalt nicht verbindlich vorgeschrieben, nur für den Landeshaushalt.

oder aber auch die Frage, inwieweit BürgerInnen sich für bestimmte Problemlösungen engagieren oder nicht.

Teilweise werden aber auch im Rahmen bestehender Mitwirkungsformen bereits Elemente partizipativer Haushaltspolitik praktiziert – dies kann durchaus auch als positiver Ansatz des Umgangs mit der Spezifik der einzelnen Sozialräume bzw. an bestimmte Lebenslagenkonstellationen verstanden und weiter genutzt werden. Hier sollte auch deutlich gemacht werden, dass es Formen des BürgerInnenengagements gibt, die haushaltsrelevant gemacht werden können und müssen. Dieser Abschnitt muss vor allem auch motivierend wirken – entweder motivierend im Sinne der Ausfüllung von bisher vorhandenen Defiziten, oder im Sinne der Fortsetzung bewährter Formen der BürgerInnenbeteiligung in einer neuen, wirksameren Qualität. Diese Motivation sollte alle beteiligten Seiten betreffen, also BürgerInnen, Politik und Verwaltung gleichermaßen. Allerdings sollte man sich nicht darüber täuschen, dass auch für den Fall, dass alle drei Seiten für die Realisierung von partizipativen Formen in der Haushaltspolitik motiviert sind, Interessenwidersprüche erhalten bleiben. Insofern ist die Berücksichtigung der in den Analysen erfassten Widerspruchsfelder und der dort ebenfalls vorgenommenen Wertungen (seien es offene oder verdeckte Wertungen) für die Gestaltung von Partizipationsprozessen und für ihre Akzeptanz und Durchschlagsfähigkeit von außerordentlicher Bedeutung.

Die Frage der Konsequenzen der Analyse ist Gegenstand der **Abschnitte vier und fünf**.

Das Beispiel Gender Budgeting

Bezogen auf die hier relevante Frage der Budgetanalyse sei die Problematik am Beispiel des Gender Budgeting hier nur kurz skizziert.³ GENDER Budgeting kann in den hier entwickelten Zusammenhängen als ein wichtiger Zugang zu einer lebenslagenorientierten Budgetanalyse verstanden werden. Unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit, der Wirkung der Haushaltspolitik auf die Entwicklung der Geschlechterbeziehungen werden praktisch alle Haushaltspolitiken und alle haushaltspolitischen Prozesse einer Analyse unterzogen.

In der Regel werden international sieben Instrumente bzw. Kriterien für Gender Budgeting angewandt:⁴

1. die geschlechterbewusste Erfassung politischer Strategien
(Welche zu erwartende direkte oder indirekte Wirkung hat eine bestimmte Strategie auf Frauen und Männer? Verändert sie durch ihre Ressourcenverteilung die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern?)
2. die nach Geschlecht aufgeschlüsselte NutzerInnenabfrage und Analyse bezüglich individueller Prioritäten

³ Der folgende Abschnitt wurde von Viola Schubert-Lenhard erarbeitet

⁴ nach Budlender D. Sharp R. Allen K. How to do a Gender-Sensitive Budget Analysis. Contemporary Research and Practice. London, 1998

- (Welche Bevölkerungsgruppe würde von potentiellen staatlichen Ausgaben oder Einsparungen in welcher Weise einen oder keinen Nutzen ziehen?)
3. nach Geschlecht aufgeschlüsselte Nutzenanalyse öffentlicher Ausgaben
(Wem konkret –Frauen oder Männer- fließen öffentliche Ausgaben zu? Stimmt der tatsächliche Nutzen mit den entsprechenden Vorgaben überein?)
 4. nach Geschlecht aufgeschlüsselte Analyse des Steueraufkommens und sonstiger Einnahmen
(Wie viel direkte und indirekte Steuern werden von den einzelnen Individuen bzw. Haushalten bezahlt?)
 5. nach Geschlecht aufgeschlüsselte Analyse des Einflusses des öffentlichen Haushalts auf die Zeitnutzung
(Welche Auswirkungen haben Haushaltsentscheidungen auf das Zeitbudget privater Haushalte? Unbezahlte Arbeit in Privathaushalten fungiert meist als Puffer für eine staatliche Haushaltspolitik. Insofern ist weiter zu fragen, ob durch bestimmte Haushaltsentscheidung staatliche Aufgaben ausgelagert werden und durch wen diese dann erfüllt werden.)
 6. geschlechterbewusster Ansatz einer mittelfristigen Finanzplanung
(Wie sieht das nationale Einkommen oder wie sehen Haushaltseinkommen aus, wenn unbezahlte Arbeit⁵ mit eingerechnet wird? Welche Variablen und Indikatoren müssten eingeführt werden, um eine Neubewertung von Arbeit zu ermöglichen?)
 7. Geschlechterbewusste Haushaltserklärung auf Regierungsebene.

Weiterhin sollen für eine geschlechtsspezifische Haushaltsanalyse vorab folgende Punkte geklärt werden:

1. Fragen zu den AkteurInnen

- Wer ist an der Initiierung und an der Durchführung der Haushaltsanalyse beteiligt?
- Sind regierungsoffizielle Stellen und AkteurInnen damit betraut, sind die Träger Nichtregierungsorganisationen oder kooperieren beide Seiten?

2. Fragen zur Reichweite der Analyse

- Auf welcher Ebene werden die Haushalte überprüft (Bund, Land oder Kommune)?
- Werden Ausgaben oder Einnahmen oder beides untersucht?
- Werden alle Funktionsbereiche überprüft oder nur bestimmte Sektoren?
- Bezieht sich die Analyse nur auf vergangene Haushalte, auf die laufende bzw. mittelfristige Planungen oder auf beides?

⁵ Das Verständnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit als makro-ökonomische Kategorien, ihr Verhältnis zueinander und die Bedeutung dieser Relation für eine neue Ökonomie stellen ein zentrales Element (feministischer) Theorien zum Haushalt und somit auch der Ansätze für Gender Budgeting dar. Daher ist dies als ein eigenständiges Thema zu betrachten, das hier nicht einzeln ausgeführt werden kann.

3. Fragen zur Verankerung in der Politik

- Wer nimmt an den verschiedenen Phasen des Analyseprozesses teil?
- Woher kommt die Finanzierung der Haushaltsanalyse?
- Wo und von wem wird die Analyse verwendet?
- An welche Stellen werden die Verantwortlichkeiten für die Durchsetzung von mehr Geschlechtergleichheit verteilt?
- Wer wird Widerstand leisten?⁶

⁶ vgl. Schratzenstaller M. „Durch die Geschlechterbrille gesehen – Haushalt und Finanzen im Überblick“ hrsg. Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung. Kommunalpolitisches Frauenforum: Kommunale Finanzen und Geschlechtergerechtigkeit, 29.5.2000